Nummer 17 — Halle, Donnerstag den 21. Januar 1926. — 61. Jahrgang
Einzelpreis: 10 Pfennige.

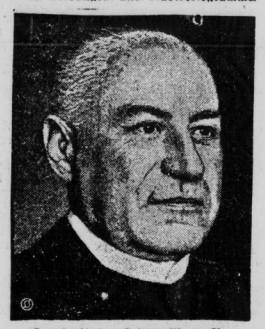
Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten ❖ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Werktag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Boten beträgt 2.00 Reichsmark, durch Ausgabestellen ohne Bringerlohn 1.80 Reichsmark, durch die Post 2.10 Reichsmark u. 30 Pfennige Zustellgebühr. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags. Die Anzeigen werden nach Millimeter-Zeilen berechnet; die Zeile 0.35 Reichsmark für Anzeigen, die im gleichen Wortlaut in der „Allgemeinen Zeitung" erscheinen, behördlicher Genehmigung. Verlagshaus Neue Promenade 12 u. Gr. Brauhausstraße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Drahtt-Anschrift: „Saalezeitung Halleſaale" Bank-Rechnung: Bankhaus Reinhold Gladner, Halle. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.



Domkapitular Leicht, M. d. R.,
der Führer und Vorsitzende der Bayerischen Volkspartei, durch dessen Erklärungen die ursprüngliche Kabinettsbildung mit dem Demokraten Dr. Koch als Innenminister gescheitert ist.

❖

Die Zentrumsfraktion des Preußischen Landtages fragt in einer kleinen Anfrage die Staatsregierung, ob es richtig sei, daß der Staat dem Deutschen Beamtenwirtschaftsbund gegenüber eine Bürgschaft in Höhe von zwei Millionen Mark übernommen habe, die er vor einigen Monaten einlösen mußte. — Die Völkische Fraktion des gleichen Parlamentes verweist darauf, daß die Rede des preußischen Kultusministers Dr. Becker zum Fall Schillings als Flugschrift verbreitet werde, und zwar unter dem Titel: „Die Preußische Kunstpolitik und der Fall Schillings" und fragt, ob die Herstellung der Flugschrift aus öffentlichen Mitteln erfolgt ist.

❖

Wie aus Berlin gemeldet wird, ist bei dem sozialdemokratischen Abgeordneten Dittmann ein Einbruch verübt worden. Da Schriftstücke entwendet wurden, vermutet man einen Diebstahl aus politischen Gründen.

❖

Die beiden ersten Tage dieser Woche haben in Großberlin mit 56 Konkursanträgen einen Rekord erreicht. In dem Berliner Einzelhandel und in der Konfektion sind für den 30. Januar mehrere tausend Kündigungen ausgesprochen worden. Von der Besserung in der Wirtschaftslage, auf die die Aeußerungen prominenter Wirtschaftsführer in den letzten Tagen vorbereiteten, zeigt sich leider immer noch nichts.

❖

Die Hausse in deutschen Papieren an der Neuyorker Freibörse hat ein schnelles Ende gefunden. Sämtliche deutschen Notierungen stürzten am Montag wieder um 4—8 Prozent und gaben damit fast sämtliche Gewinne der letzten Tage wieder her.

❖

Der Danziger Völkerbundskommissar teilte dem Senat mit, daß Polen beabsichtige, schon jetzt die militärische Wache auf der Westerplatte einzurichten. Am gestrigen Tage sind nachmittags ein Offizier und 28 Mann auf der Westerplatte eingetroffen und dort untergebracht worden.

❖

Durch Erlaß der englischen Regierung ist den Missionaren der deutschen Benediktinerstiftes St. Ottilien die Einreiseerlaubnis in ihr altes Missionsgebiet in Ostafrika freigegeben worden.

❖

Nach einer Meldung des „Züricher Täglichen Anzeigers" aus Bozen werden am 1. März die letzten noch bestehenden deutschen Privatschulen auf behördliche Anordnung hin geschlossen.

❖

Die Vermutungen, daß die vorbereitende Abrüstungskonferenz in Genf verschoben werden könnte, treffen nach Informationen von unterrichteter Seite nicht zu. Die Konferenz wird, wie vorgesehen, am 15. Februar stattfinden.

❖

Der Rechnungsausschuß der Pariser Kammer hat beschlossen, daß die Bezüge der französischen Parlamentarier von 27 000 auf 42 000 Franken erhöht werden sollen. — Daß das Volk sich damit einverstanden erklärt, ist wenig wahrscheinlich.

❖

Das „Pariser Journal" meldet das Eintreffen zahlreicher politischer Flüchtlinge aus Spanien in Biarritz und Bernet. Nach ihren übereinstimmenden Berichten herrscht in Spanien Terror gegen die Opposition und die Anhänger des Parlamentarismus. In Barcelona und Madrid amtieren die Kriegsgerichte.

❖

Der Mailänder „Corriere della Sera" meldet aus Angora: Im Mossulgebiet ist es zu Unruhen gegen die englische Besetzung gekommen. Die Engländer haben die Stadt Mossul beschossen, wobei es Tote und viele Verwundete gegeben hat.

Endlich doch eine Regierung!

Hindenburg greift ein.

Der Reichspräsident empfing gestern Nachmittag um 6 Uhr die Vertreter der für die Koalition der Mitte in Frage kommenden Parteien. Für die Deutsche Volkspartei erschien Reichsminister a. D. Dr. Scholz, für das Zentrum Reichskanzler a. D. Marx, für die Bayerische Volkspartei Abgeordneter Dr. Leicht, für die Demokraten die Abgeordneten Reichsminister a. D. Koch, Dr. Haas und Erkelenz.

Der Reichspräsident gab den erschienenen Herren folgende Erklärung ab:

Ich habe Sie zu mir gebeten, meine Herren, um vor Ihnen auszusprechen, daß meines Dafürhaltens nunmehr eine Regierung zustande kommen muß. Nachdem durch das Ausscheiden der Deutschnationalen Volkspartei der bisherigen Mehrheitsregierung die Grundlage entzogen worden war, nachdem trotz der hingebungsvollen und sehr dankenswerten Bemühungen des Herrn Abgeordneten Koch die andere Möglichkeit einer Mehrheitsregierung, nämlich die sogenannte Große Koalition, sich ebenfalls nicht hat verwirklichen lassen, blieb, eine zwar weniger tragfähige aber immerhin noch durchaus dankbare Lösung, die Regierung der Mitte, übrig. Sollte auch dieser Versuch scheitern, so wäre damit das deutsche Vaterland vor eine Lage von größtem Ernst gestellt, da jedem Gedanken einer andern Regierungsbildung schwerste Bedenken entgegenstehen. Ich habe es deshalb aufrichtig begrüßt, daß sich die von Ihnen, meine Herren, geführten vier Parteien sich grundsätzlich bereit erklärt haben, eine Koalition der Mitte einzugehen.

Der Reichskanzler Dr. Luther hat mich fortlaufend darüber unterrichtet, welche große Schwierigkeiten durch die einzelnen Parteien bisher haben überwunden werden müssen, um einer praktischen Lösung näherzukommen. Es ist ihm leider nicht gelungen, diese Schwierigkeiten ganz auszuräumen.

Auf der anderen Seite verlangt aber die Lage des Landes eine längere Verzögerung nicht mehr. Was nach einem völligen Scheitern der Versuche dieser letzten Woche, eine parlamentarische Regierung der Mitte zustande zu bringen, folgen würde, ist nicht zu übersehen. Unter diesen Umständen habe ich mich für verpflichtet gehalten, den Herrn Reichskanzler Dr. Luther zu bitten, nunmehr auf Grund seiner bisherigen Bemühungen den Parteien einen Plan zur endgültigen Beschlußfassung über die Besetzung der Ministerien vorzulegen.

Ich bin von vornherein überzeugt, daß der Herr Reichskanzler dabei nicht alle an sich berechtigten Wünsche der Parteien erfüllen kann, bin mir aber klar, daß es einen anderen Weg, baldigst aus der Krise herauszukommen, nicht gibt. In Ausübung meiner verfassungsmäßigen Verantwortung muß ich es begrüßen, daß der Herr Reichskanzler Sie nunmehr ersuchen will, ihn noch heute Abend ihre endgültige Stellungnahme zu seinen Vorschlägen mitzuteilen.

Ich bitte die hier vertretenen Parteien ihr reifliches Bedenken hinter die großen vaterländischen Gesichtspunkte zurückzustellen und jedes Opfer zu bringen, damit endlich das betrübende Schauspiel der unausgesetzten Regierungskrisen beseitigt und die Möglichkeit fruchtbarer Arbeit, die jetzt mehr denn je erforderlich ist, wieder geschaffen wird."

Die Ministerliste.

Die Parteiführer begaben sich sodann mit dem Reichskanzler Dr. Luther zur Reichskanzlei, wo ihnen der Reichskanzler seine Ministerliste vorlegte, die ohne weitere Diskussion entgegengenommen wurde. Die Liste lautet folgendermaßen:

Reichskanzler: Dr. Luther,
Aeußeres: Dr. Stresemann,
Inneres: Dr. Külz (Dem.),
Finanzen: Dr. Reinhold (Dem.),
Wirtschaft: Dr. Curtius (D. V. P.),
Arbeit: Dr. Brauns (Ztr.),
Justiz: Dr. Marx (Ztr.),
Reichswehr: Gessler,
Post: Stingl (Bay. Volksp.),
Verkehr: Krohne (D. V. P.).

Das Ernährungsministerium ist zurzeit noch nicht besetzt, es wird wahrscheinlich ein Herr erhalten, der dem Zentrum nahesteht. Wenn eine Besetzung jetzt noch nicht erzielt werden sollte, so würde der Reichskanzler selbst das Ministerium zunächst verwalten. Das Ministerium für die besetzten Gebiete bleibt zunächst unbesetzt, wird aber provisorisch von Dr. Marx verwaltet werden.

Die Annahme der Liste.

Die Fraktionen der Mittelparteien versammelten sich sofort nach der Rückkehr der Parteiführer. Die Deutsche Volkspartei ist mit der Liste einverstanden, ebenso das Zentrum.

In der Sitzung der Fraktion der Demokratischen Partei wiederholte der Fraktionsvorsitzende seine Bitte, ohne Rücksicht auf seine Person die Entscheidung nach freien sachlichen Gesichtspunkten zu treffen. Er erklärte, daß er bei der durch fremdes Verschulden auf die Fraktion und ihre Führer zugespitzten Lage nicht einem zu bildenden Kabinett anzugehören wünsche, und empfahl, keinen Einspruch gegen die vorgeschlagene Liste zu erheben, um in der schweren Bedrängnis des Vaterlandes eine parlamentarische Regierung zu ermöglichen. Es wurde nach langer Debatte, in der die Fraktion sich darüber einig war, daß Gründe und Gegengründe sich fast die Wage halten, folgender Beschluß gefaßt — wie wir hören mit ganz kleiner Mehrheit:

Die Fraktion hält die von ihr geltend gemachten schweren Bedenken gegen die Art der Kabinettsbildung aufrecht. Sie erblickt insbesondere in der Berücksichtigung des gegen alle parlamentarischen Gepflogenheiten erhobenen, aus partikularistischen Gründen hervorgegangenen Einspruches der Bayerischen Volkspartei gegen die Ernennung ihres Fraktionsvorsitzenden zum Innenminister eine schwere Belastung der Reichspolitik. Sie hätte erwartet, daß der mit der Kabinettsbildung Beauftragte und alle anderen Parteien diesen Einspruch nachdrücklich zurückgewiesen hätten. Nachdem aber der Fraktionsvorsitzende erklärt hat, dem neuen Kabinett nicht angehören zu wollen, und seinerseits den Eintritt in die Koalition empfohlen hat, und nachdem durch die Berufung des Herrn Dr. Külz an seiner Stelle die Teilnahme eines Fraktionsmitgliedes gesichert ist, das den politischen Standpunkt des Fraktionsvorsitzenden teilt, stimmt die Fraktion der Bildung des vorgesehenen Kabinetts zu, damit im Interesse des Staates, der Wirtschaft und der Volkswohlfahrt ein parlamentarisches Kabinett sofort zustande kommen kann.

Billigung durch den Reichspräsidenten.

Nachdem im Laufe des Abends die Fraktionen des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Deutschen Demokratischen Partei und der Bayerischen Volkspartei ihre Zustimmung zu der dem Reichskanzler Dr. Luther vorgeschlagenen Besetzung der Reichsministerien mitgeteilt haben, hat der Reichskanzler dem Reichspräsidenten mitgeteilt, daß das Kabinett der Mitte nunmehr gebildet ist. Das Kabinett hat die Zustimmung des Reichspräsidenten gefunden.

Berliner Pressestimmen.

Durch fast alle Berliner Blätter geht ein Aufatmen, daß es endlich dem Einschreiten des Reichspräsidenten gelungen ist, die Regierungskrise zu beenden. Vor allem die Blätter der Regierungskoalition zollen

dem Reichspräsidenten Dank

dafür, daß er durch seinen an die Parteien gerichteten Appell die Regierungsbildung erwirkt habe.

Das neugebildete Kabinett Luther findet in der Rechtspresse nur durch die „Deutsche Zeitung" unbedingte Ablehnung, die die Parole ausgibt: Allerschärfste Opposition mit allen Mitteln. In der „Deutschen Tageszeitung", die die Regierung ein Kabinett der Linksmitte nennt, wird vor allem kritisiert, daß die Landwirtschaft in dem neuen Kabinett durch keinen Vertrauensmann vertreten sei. Bei Beantwortung der Frage, welche Aussichten auf Bestand das neue Kabinett hat, glaubt das Blatt Vorsicht üben zu müssen, da es in dieser Hinsicht entscheidend auf die parlamentarische und mehr noch auf die politische Gesamtlage ankomme. Auch der „Lokalanzeiger" sieht in der Zusammensetzung der neuen Regierung eine starke Neigung nach links, die allein schon aus der scharfen Linkseinstellung des als Reichsjustizminister eingetretenen Zentrumsführers Dr. Marx hervorgehe. Immerhin erklärt das Blatt, daß die Rechte vorerst Taten der neuen Regierung abwarten wolle.

Die „Tägliche Rundschau" (DNVP.) prophezeit dem zweiten Kabinett Luther wohl einen schweren Daseinskampf, glaubt aber, daß das Kabinett wohl von Bestand sein kann, wenn die Koalitionsparteien ihre Differenzen der letzten Tage in der Erfüllung einer gemeinsamen hohen Aufgabe vergessen. Gegen das Kabinett stimmen werden voraussichtlich nur die Kommunisten und die Völkischen, während die Deutschnationalen und die Sozialdemokraten sich wahrscheinlich der Stimme enthalten werden.

Die „Germania" (Zentrum) unterstreicht noch einmal ihre Auffassung, daß auch die neue Regierung nur die Politik der großen Koalition machen könne, das heißt, eine Politik des wirtschaftlichen und sozialen Ausgleiches.

Im „Berliner Tageblatt" wird dem demokratischen Parteiführer Koch dafür höchste Anerkennung gezollt, daß er sich mit seinem ganzen Einfluß für die zustimmende Entscheidung der demokratischen Fraktion eingesetzt hat. Es versteht sich von selbst, daß der Demokrat Dr. Külz in den Fragen der Reichseinheit und der republikanischen Staatsverfassung nicht um ein Jota anders denkt als der Demokrat Koch.

Ueber die Haltung der Sozialdemokraten zu dem neuen Kabinett sagt der „Vorwärts", daß sie die Berufung Dr. Kochs zum Reichsminister des Innern begrüßt hätten und durch sein Verschwinden veranlaßt würden, mit ihrem Vertrauen sehr vorsichtig umzugehen.

Augen auf!

Rapallo—London.

Eine Gefahr für Großdeutschland?

Der englische Außenminister Chamberlain weilt „zur Erholung" (von Locarno—London) in Italien in Rapallo, und gleichzeitig verhandelt die italienische Kriegsschuldenkommission in London über die Schulden an England. Sollte dieser gleichzeitige Aufenthalt in dem einen und dem anderen Lande vielleicht kein Zufall, sondern ein Zeichen sein, daß große Dinge angesponnen werden? Und wenn ja, worum kann es gehen?

Denken wir uns einmal in die beiden Hauptpersonen hinein, in Chamberlain und Mussolini (der Finanzminister Volpi in London ist ja nur dessen Werkzeug).

Zunächst Mussolini. Er könnte folgendermaßen denken: Ich bin Herr eines übervölkerten und jährlich um Hunderttausende von Menschen wachsenden Landes. Dieses Land ist in der fatalen Situation, daß es nur mit mächtiger Industrie leben kann, für die es keinerlei Rohstoffe hat — weder Kohle, noch Holz, noch Eisen, noch Wolle, noch Baumwolle; selbst den Bedarf seiner weitaus größten Industrie (Seide) muß es zum großen Teil vom Ausland beziehen und ebenso den Bedarf seiner neuesten Riesenindustrie (Kunstseide). Fatal ist diese Situation besonders deshalb, weil Italien in einem Binnenmeer (dem mittelländischen) liegt, das nur zwei ganz schmale Ausgänge hat — den Suezkanal im Osten, die Meerenge von Gibraltar im Westen —, die beide von der größten Seemacht der Welt, von England, beherrscht werden. Schließt England eines Tages diese beiden Ausgänge zu, dann muß Italien seine Industrien schließen und nach kurzer Zeit verhungern.

— Es gibt heute, ja vielleicht in der ganzen Weltgeschichte, keinen ähnlichen Fall völligster Abhängigkeit einer Großmacht von einer anderen Großmacht.

Daß eine Tatarennatur wie Mussolini diese Abhängigkeit zu gebrechen [illegible] lich. Aber welche Möglichkeiten bieten sich? Die nächstliegende wäre Kampf gegen England. Aber dazu reicht Mussolinis Macht allein nicht aus. Er braucht Bundesgenossen. Der einstige Helfer, Deutschland, ist ausgeschieden. Frankreich ist zu unzuverlässig, denn es braucht England gegen Deutschland und würde als Lohn für den Sieg über England den Italienern nie die Herrschaft über die zwei Zugänge zum Mittelmeer den Italienern geben, sondern sie selbst beanspruchen. Also auch Frankreich scheidet aus. Die beiden anderen Weltmächte, Japan und Amerika, haben kein Interesse, Italien so zu helfen. Bleibt also nur Rußland, der ja sowieso Englands erbittertster Feind ist.

Man weiß ja denn auch, wie sorgsam Mussolinis gute Beziehungen zu Sowjetrußland pflegt. Aber Rußland ist fern, und ferner noch ist der Zeitpunkt, wo Rußland im Zweibund mit Italien die englische Weltherrschaft und damit zugleich die beiden Italien gefangenhaltenden englischen Mittelmeerriegel zerbrechen könnte. Wäre es, so könnte Mussolini sich sagen, nicht richtiger, Englands Freundschaft zu sichern und das Endziel zu verschieben?

Und Chamberlain. Er könnte folgendermaßen denken: Bisher waren diese dammed Germans (die „verdammten Deutschen") Jahrhunderte hindurch ein so schönes Gegengewicht gegen Englands einzigen Erbfeind, gegen Frankreich. Jetzt sind die Deutschen erledigt (Gott sei Dank, denn sie wurden uns gefährlicher als Frankreich vor und nach Napoleon I.). Aber dieses Frankreich ist durch seine Lage in Verbindung mit den modernen Teufelserfindungen (den U-Booten, Flugzeugen, weittragenden Geschützen) plötzlich unerhört bedrohlich für uns Engländer geworden. Also brauchen wir mehr denn je ein Gegengewicht gegen Frankreich. Aber welches? Japan ist zu fern, Rußland ist Feind, Deutschland und die Donaumonarchie sind ausgeschieden. Amerika ist ein unsicherer Kantonist, denn es hat, aus der Zeit seines Freiheitskrieges gegen uns, alte und starke Sympathien für Frankreich und ist unser stärkster Konkurrent in Welthandel und Weltherrschaft. Wer bleibt? Einzig und allein Italien.

Dieses Italien habe ich, Chamberlain, zwar in der Hand durch meine zwei Mittelmeerriegel. Aber seine Freundschaft und Unterstützung gegen Frankreich habe ich deshalb noch lange nicht. Im Gegenteil: die widernatürliche Fessel wäre für Italien ein triftiger Grund, sich im Ernstfall den Franzosen gegen uns Engländer anzuschließen. Außerdem: mit Rußland müssen wir eines Tages ja doch zur Entscheidung kommen. Wie soll die aber ausfallen, wenn — saßen wir lieber auch diesen schlimmsten Feind ins Auge — alle von uns niedergehaltenen Großvölker Europas sich zum großen Freiheitskampf mit den Russen gegen uns verbünden, so wie wir alle einst gegen den andern Tyrannen, gegen Napoleon I., verbündet waren? Also Rußland verleimt mit Italien und Frankreich und den Balkanstaaten und „last not least" (als letzter, aber nicht ungefährlichster) Deutschland?

Zwischen einer Verständigung Deutschlands mit Frankreich habe ich, Chamberlain, so allerdings (Gott sei Dank) Locarno eingeschoben, das uns durch Unterstützung der französischen Wünsche im Elsaß, im Saargebiet und am Rhein ermöglichte

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19260121019/fragment/page=0001

nicht, in Deutschland dauernd eine unversöhnliche Verbitterung gegen Frankreich wachzuhalten. Aber Italien und Frankreich haben gemeinsame Mittelmeerinteressen gegen uns, und zu Rußland hat Frankreich alte und Italien neue Freundschaften. Und im ganzen Balkan — Polen droht uns nach Rußland zu entgleiten — wirkt noch immer die geschickte russische Vorkriegspropaganda vom Panslawismus, von den gemeinsamen Interessen aller Slawen nach. Also ganz Europa außer Deutschland, vereint mit Rußland und gar Rußland-Asien gegen England? Das darf nicht sein!

Also muß Italien, die einzig dafür in Betracht kommende Macht, für uns Engländer gewonnen werden!

Wie mache ich das, ich, Chamberlain? Tunis, Corsica und die einst italienische, heute französische Riviera, die sie von Frankreich haben wollen, kann ich ihnen nicht geben, denn ich kann mir einen Krieg gegen Frankreich nicht leisten. Aber dreierlei kann ich diesem Mussolini bieten: 1. Sehr günstige Bedingungen für seine Kriegsschulden an mich und neue Anleihen; 2. sehr günstige Handelsabmachungen, event. auch mit unseren Kolonien; 3. den beim Friedensschluß ihnen versagten Anteil an der Türkei, auf den sie noch immer rechnen! Aber das alles wird dem ausdehnungsbedürftigen Volke und dem schlauen und anspruchsvollen Mussolini nicht genügen. Also was könnte ich ihm noch bieten?

Hallo! Da kommt mir eine glänzende Idee, echt englisch: drei Fliegen mit einer Klatsche und auf Kosten anderer: Ich gebe dem Mussolini Deutschösterreich!

Die erste Fliege: dann wächst Deutschösterreich nicht den „dammed Germans" zu, vermindert also die deutsche Konkurrenzgefahr für uns und Frankreich, verhindert auch ein Wiederaufleben der tausendjährigen Freundschaftsbeziehungen zwischen Italien und Deutschland. Haha, Bismarck wird sich im Grabe umdrehen!

Die zweite Fliege: Frankreichs verdächtige Spekulationen, die alte Politik der Freundschaft mit Oesterreich zu erneuern, werden vereitelt, und zwischen Paris und seine Balkanfreunde schiebt sich ein so breiter Streifen, daß die Balkaner von den Franzosen kaum mehr etwas zu erhoffen haben und um so zugänglicher für unsere Beeinflussung sein werden (gegen Franzosen, Germans und Russen). Zugleich sind dann die Franzosen den Italienern endgültig verfeindet, denn daß sie den „lateinischen Brüdern" diesen Machtzuwachs gönnen, ist ausgeschlossen.

Die dritte Fliege: Italien bekommt, was ihm vor allem fehlt: ein Hinterland. Denn mit Oesterreich bekommt es zugleich festen Fuß auf dem Balkan, vor allem gegenüber Jugoslawien, das dann italienische Interessensphäre wird, wie vor dem Kriege österreichische. Dadurch lenke ich also Italien etwas vom Mittelmeer auf das Festland ab, wodurch ich meine englische Mittelmeerstellung festige, und zugleich binde ich durch die unvermeidlich erwachende Balkan- (und Deutschland-)feindschaft gegen Italien dessen Kräfte, so daß es nicht zu übermütig, sondern noch abhängiger von meiner Gnade wird. Und wie dankbar wird mir die Tschechoslowakei sein, die schon mit Italien darüber techtelmechtelt, wenn sie auf diese Weise der Umklammerung durch Großdeutschland entgeht!

*

So etwa könnten Chamberlain und Mussolini denken und das könnte der eigentliche Gegenstand des italienischen Besuches in London und Chamberlains Besuch in Italien sein. Und wer sollte sie eigentlich hindern, diesen etwaigen Plan auszuführen? Frankreich wird sich hüten, in seiner augenblicklichen Zerrüttung für Oesterreich und für Aufrechterhaltung der Möglichkeit eines Großdeutschland zu kämpfen. Und wir von Frankreich und England in Locarno so hinterlistig gestreichelten „boches" und „dammed Germans" sind ja eben erst durch die neuen Entwaffnungsbestimmungen immer noch wehrloser gemacht, können also diese für England so vielseitig vorteilhafte Regelung nachträglich durchaus nicht vereiteln.

Es fehlte also nur noch ein äußerer Anlaß, denn auch bei dieser neuesten Gaunerei muß doch der „Anstand" und die „Moral", die „Gerechtigkeit" und „Menschlichkeit" gewahrt werden. Das einfachste ist: man ruiniert das sowieso nicht lebensfähige Oesterreich durch Finanz- und

Das Verfahren beim Volksentscheid.

Der sozialdemokratische Parteiausschuß hat einem Vorschlag des Parteiausschusses zugestimmt und beschlossen, den Antrag auf Volksbegehren in der Frage der Fürstenabfindung unbeschadet des getrennten Vorgehens der Kommunisten selbständig zu stellen.

*

Bisher ist nur einmal von den Verbänden für Siedlung und Pachtung und von Mieterorganisationen der Versuch unternommen worden, eine Volksbefragung herbeizuführen, ist aber nicht weiter verfolgt worden.

Das Verfahren beim Volksbegehren und Volksentscheid zerfällt in drei Teile.

Es beginnt mit dem Zulassungsverfahren, daran schließt sich das eigentliche Volksbegehren und daran endlich der Volksentscheid. Der Volksentscheid tritt ein, wenn das betreffende Gesetz vom Parlament entweder verworfen oder nur mit Abänderungen angenommen wird. Das Zulassungsverfahren wird dadurch eingeleitet, daß der Antrag beim Reichsministerium des Innern eingereicht wird; es schließt ab mit der Bekanntmachung im Reichsanzeiger, daß innerhalb einer gewissen Frist die Unterschriftenlisten bei den Gemeindebehörden aufliegen müssen.

Die Einzelheiten sind in dem Gesetz über den Volksentscheid vom 27. Juni 1921 geregelt; zu dem Gesetz sind umfangreiche Ausführungsbestimmungen in der Verordnung über Reichswahlen und Abstimmungen, der sogen. Reichsstimmordnung, unter dem 14. März 1924 erlassen worden.

Die Reichsregierung beschließt über die Festsetzung der Eintragungsfrist, die in der Regel 14 Tage umfassen wird, damit die Gemeinden Zeit zur Vorbereitung haben und die Antragsteller Zeit haben, die Eintragungslisten zu beschaffen und die Gemeindebehörden mit den Eintragungslisten zu versorgen. Das Volksbegehren ist zustandegekommen, wenn

mindestens ein Zehntel der Stimmberechtigten

sich in die Eintragungslisten mit eigenhändiger Unterschrift eingetragen haben. Für die Stimmenzahl ist die im letzten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl ermittelte Anzahl der Stimmberechtigten, die 39 414 316 betrug, maßgebend. Um das Volksbegehren zustande zu bringen, müssen also mindestens 3 941 432 Stimmberechtigte während der Eintragungsfrist sich in die Liste eintragen. — Bei der Reichstagswahl vom 7. Dezember 1924 erhielten die Sozialdemokraten fast 8, die Kommunisten 2¾ Millionen Stimmen.

Kommt das Volksbegehren dadurch zustande, daß die Antragsteller wirklich 4 Millionen Stimmen aufbringen, so geht der Gesetzentwurf mit der Stellungnahme der Reichsregierung an den Reichstag. Der Reichstag kann den Gesetzentwurf ablehnen oder Aenderungen daran vornehmen.

Nimmt der Reichstag den Entwurf unverändert an, so wird er Gesetz, und ein Volksentscheid findet nicht mehr statt.

Lehnt der Reichstag den Entwurf ab oder ändert er ihn, so muß er zum Volksentscheid gebracht werden. An diesem Volksentscheid muß sich, um durch ihn einen Beschluß des Reichstages außer Kraft zu setzen, mindestens die Hälfte aller Stimmberechtigten beteiligen, und jeder muß ein Ja- oder eine Nein-Stimme in die Stimmurne geben. Die Antragsteller eines Volksbegehrens müssen also 20 Millionen Stimmen aufbringen.

*

Vorerst gehen Kommunisten und Sozialisten getrennt vor, beide Abstimmungen müßten also auch getrennt erfolgen oder zwei verschiedene Volksentscheide. Wenn sie sich nicht auf einen gemeinsamen Antrag einigen, ist an einen Erfolg für sie nicht zu denken. Einigen sie sich aber, so haben wir die revolutionäre marxistische Einheitsfront. Der eigentliche Charakter der ganzen Fürstenhetze — oder Anfang und Vorbereitung einer neuen Revolution — wird wohl selbst den Demokraten deutlich werden. Es ist also zu erhoffen, daß der gesunde Menschenverstand und die Rücksicht auf die schon jetzt am Boden liegende Wirtschaft, die durch eine zweite Revolution endgültig zerstört würde — alle die besonnenen und die Folgen bedenkenden Wähler bestimmen wird, durch Stimmenthaltung den Volksentscheid und damit den neuen Revolutionsversuch zum Scheitern zu bringen.

Besonders die Frauen werden da ein verständiges Wort mitreden, denn sie sind für eine Politik, die zu neuer Revolution, zu Bürgerkrieg und russischem Hungerelend führt, nicht zu haben.

Trotzdem also die Aussichten des Volksentscheids schlecht sind, wäre zu wünschen, daß neue Vergleichsvorschläge der einstigen Fürsten dem Volke die neue Störung der inneren Ruhe durch das Volksentscheidsverfahren und gar durch eine sich anschließende Revolution erspart würde. Salus publica suprema lex esto = Oberstes Gesetz muß das Heil des Volkes sein!

Interpellation über die Stärke der Besatzungstruppen.

Im Reichstage ist eine Interpellation der Deutschen Volkspartei eingegangen, in der es u. a. heißt, daß nach englischen Zeitungsmeldungen der Unterausschuß des Botschafterrates vorgeschlagen habe, die Stärke der in der zweiten und dritten Zone verbleibenden Besatzungstruppen auf etwa 75 000 Mann festzusetzen.

Es wird gefragt, ob diese Nachricht zutrifft und welche Schritte die Regierung getan hat, bzw. zu tun gedenkt, um eine derartige Maßnahme zu verhindern; ob sie insbesondere gewillt ist, auf den Widerspruch mit der Note des Botschafterrates vom 16. November 1925 hinzuweisen, in der die Herabsetzung der Besatzungstruppen auf die annähernd normale Stärke, d. h. auf 45 000—50 000 Mann zugesichert ist.

Es wird schließlich noch gefragt, ob die Regierung weiter gewillt ist, vor dem Eintritt in den Völkerbund die Frage der Stärke der Besatzung in einer Weise zu regeln, die den berechtigten Ansprüchen des Rheinlandes und des gesamten deutschen Volkes, ebenso aber auch den Abmachungen von Locarno entspricht.

— Daß gerade die Deutsche Volkspartei es ist, die diese Interpellation einbringt, ist besonders bedeutungsvoll. Dadurch bekommt der Führer der Volksparteiund von Mitunterzeichner von Locarno, Außenminister Dr. Stresemann die Möglichkeit, unter Hinweis auf seine eigene Partei ganz entschieden auf Erfüllung der Abmachungen zu bestehen, und den Alliierten wird dadurch klargemacht, daß sie bei Ablehnung den deutschen Außenminister auch in seiner Eigenschaft als Parteiführer zwingen würden, seine Mitarbeit zum endgültigen Zustandekommen der Locarnoverträge — durch Eintritt in den Völkerbund — zu versagen.

*

Die Räumung Kölns durch die Engländer ist nahezu beendet. Es ist zu erwarten, daß sie bis Ende des Monats vollständig sein wird. Nach Abzug der Besatzung hört Köln aber nicht auf, als besetztes Gebiet zu gelten, solange nicht auch die Belgier und Franzosen die erste Zone völlig geräumt haben, was voraussichtlich bis Schluß der ersten Februarwoche geschehen wird.

Die Londoner „Times" melden aus Köln: Der zweitletzte Truppentransport aus Köln am Montag konnte nicht abgehen, weil im Besitz Wiesbaden keine weiteren Unterkünfte zu beschaffen waren.

Die Londoner „Morningpost" meldet: In der Montagsitzung des Kabinetts wurde der deutsche Einspruch gegen die Truppenbesetzung des Rheinlandes behandelt. Soweit die englischen Truppen in Frage kommen, kann die englische Entscheidung nur ablehnend sein. Eine weitere Reduzierung des geringen englischen Kontingents ist nicht möglich.

Der französische Ministerrat hat den Zusammentritt des Obersten Militärrates angeordnet, um zu der deutschen Note nach weiteren Truppenräumungen im besetzten Gebiet Stellung zu nehmen. Der Militärrat tritt unter Fochs Vorsitz am Donnerstag in Versailles zusammen.

Die Luftfahrtverhandlungen.

Die deutsche Delegation für die Luftfahrtverhandlungen mit Frankreich ist nach Berlin zurückgereist. Wie wir erfahren, bedeutet die Schwierigkeit des Zustandekommens eines neuen Reichskabinetts auch eine Verzögerung der Entscheidung in den Luftfahrtverhandlungen. Das geschäftsführende Reichskabinett Luther hat die neuen Instruktionen für die Kommission, die auch zugleich die Vollmachten für den Abschluß der Verhandlungen enthält, dem neuen Kabinett vorbehalten.

Die Meldung des Pariser Matin, daß die Franzosen keine Aufhebung der Luftfahrtkontrolle, sondern nur ihre Milderung zugestehen wollen, wird an zuständiger Berliner Stelle nicht bestritten.

Reichsbeamtenfragen.

Der Reichstagsausschuß für Beamtenangelegenheiten beschloß auf Anregung des Abg. Morath (DVP.), durch Vermittlung seines Vorsitzenden an den Reichstagspräsidenten mit dem Ersuchen heranzutreten, einen Ausschuß zur Bearbeitung der zahlreichen Anträge einzelner Orte um Höherstufung im Ortsklassenverzeichnis einzutreten. Der Ausschuß nahm ferner einen Antrag Schuldt-Steglitz (Dem.) an betr. die Beförderung solcher Beamten, die wegen hohen Alters kurz vor ihrer Versetzung in den dauernden Ruhestand stehen.

Ein Vertreter des Finanzministeriums hatte dazu bemerkt, daß die Benachteiligungen, mit denen sich der Antrag beschäftige, mit der Einstellung des Personalabbaues aufgehört hätten. Die Regierung könne auch künftig nicht kurz vor der Zurruhesetzung Beamte an leitende Stellen befördern. Soweit es sich um automatisch eintretende Beförderungen handele, werde sich eine zufriedenstellende Lösung finden lassen.

Nach einer Meldung aus Kairo werden demnächst in Beirut französische Truppenverstärkungen in Höhe von 17 000 Mann aus Toulouse erwartet. Die französische Regierung habe auf Verlangen des Oberkommissars de Jouvenel beschlossen, die Stärke der französischen Truppen in Syrien auf 100 000 Mann zu bringen. — Wirklich friedliche Leute, die Franzosen!

*

Die Londoner Daily Mail berichtet aus Tokio, daß die öffentliche Meinung Japans über das Ergebnis der letzten Volkszählung beunruhigt sei, nach welchem die Bevölkerung in den letzten fünf Jahren jährlich um 750 000 zugenommen hat.

Ein weiblicher Soldat Napoleons

Zu den eigenartigsten Gestalten der Armee Napoleons I. gehörte nach kürzlich aufgefundenen historischen Schriftstücken ein weiblicher Soldat namens Therese Figueur, die Tochter eines Getreidegroßhändlers. Ein entfernter Verwandter, der sie bei sich aufgenommen hatte, als sie bereits mit neun Jahren Doppelwaise geworden war, veranlaßte die kaum Achtzehnjährige im Augenblick, da die große französische Revolution ihren Höhepunkt erreicht hatte, mit ihm zusammen in das Heer der Förderalisten einzutreten, um den Terror der Pariser Jakobiner zu bekämpfen. So wurde sie, ebenso wie ihr Bormund, Kanonier. Sie führte sich gleich in der Armee, die für lange Jahre ihr Vaterhaus wurde, sehr streitbar ein, indem sie den General Carteaux, dessen Leute sie nach einem Sieg über die Förderalisten gefangennahmen, einen Briganten schimpfte, was ihr unter ihren neuen Waffengefährten den Beinamen „Sans Gêne" eintrug.

Bei den Kämpfen vor Toulon zeichnete sie sich durch ihre Unerschrockenheit und Tapferkeit aus. Dadurch errang sie sich die besondere Hochschätzung des Oberbefehlshabers der Truppen in den Ostpyrenäen, des Generals Dugommier, der sie bald zu sich zu Tische zog, sobald sie vor seiner Wohnung Posten stand. Bei dieser Gelegenheit stieß sie zum ersten Male mit Napoleon Bonaparte zusammen, der sie in seiner Eigenschaft als Artilleriekommandant einmal mit Arrest bestrafte, weil sie nach seiner Ansicht einen Befehl nicht rasch genug ausgeführt hatte. Als General Dugommier sich wunderte, daß sein tapferer weiblicher Kanonier nicht bei Tisch erschien, berichtete Napoleon über den Sachverhalt. Therese Figueur wurde darauf sofort geholt und von General Dugommier nach dem Grund ihrer Bestrafung gefragt. Als resoluter weiblicher Hasdegen weiterte sie los: „Sprecht mir nicht davon, Bürger General! Es ist ein schreiendes Unrecht! Auf Napoleon zeigend, fügte sie hinzu: „Da hier der Kerzel, der jüdische Kerl, bei mir Dienst gefasst hat."

Napoleon trug ihr das weibliche Kampfplatzein so wenig nach, daß er sie später in Paris bei sich empfing, als sie infolge schwerer Verwundungen vorübergehend den Heeresdienst quittieren mußte. Eine Zeitlang war sie als Vorleserin bei der Frau des Marschalls Augereau tätig. Bis sie sich die Ungnade des Marschalls zuzog, weil sie ihm bei seinen galanten Abenteuern in den Weg trat. Da sie das Gesellschaftsleben auf die Dauer langweilte, trat sie als einzaher Dragoner wieder in die Armee ein und nahm an den Schlachten von Austerlitz und Jena teil. Schwere Verwundungen zwangen sie auf ein neunmonatiges Krankenlager. Kaum genesen, zog sie mit in den Krieg gegen Spanien, in dem sie gefangen genommen wurde.

Erst nach 1814 wurde sie nach vielen Qualen frei. Mit den hundert Tagen war ihre militärische Laufbahn zu Ende, die auf ihren eigenen Wunsch nicht über den Rang eines einfachen Soldaten hinausführte. Sie lehnte jede Beförderung mit der Begründung ab, daß sie nur gehorchen, nicht befehlen könne. Aus Angst vor Armut heiratete sie einen Unteroffizier. Nach dessen Tode mußte sie um einen Freiplatz in einem Hospiz bitten, der ihr nach vielen Mühen gewährte wurde. Als sie nach Aufzeichnung ihrer Abenteuer im Heere des Korsen 87jährig am 4. Januar 1861 im Hospiz der Petits Ménages starb, lagen die Tage Napoleons I. schon weit zurück wie eine ferne Sage!

Wo König Saul starb.

Biblische Funde in der Nähe des Jordan.

Eine der interessantesten Entdeckungen der letzten Jahre ist durch die Universität von Pennsylvania (Vereinigte Staaten) bekannt gemacht worden. Die Palästinaexpedition der Universität hat nämlich auf dem Gipfel des Berges von Beth-Shan nahe dem Jordan das alte Festungswerk der Philister entdeckt, auf dessen Anwallung der Leichnam Sauls aufgehängt wurde, und wahrscheinlich sogar den Tempel, in dem, gemäß dem ersten Buch Samuelis, Sauls Rüstung niedergelegt wurde.

Der Berg ist durch die ganze geschichtliche Zeit hindurch der strategische Ausgangspunkt militärischer Operationen gewesen, und die Ausgrabungen, welche 2 Jahre lang ununterbrochen vorgenommen wurden, haben Schichten durchdrungen, welche das Vorhandensein vieler aufeinanderfolgender Kulturen mit Einschluß der griechischen, der römischen und der christlichen Periode, der Zeit der Kreuzfahrer usw. anzeigen.

Unter diesen oberen Schichten wurden die Trümmer der Befestigungen gefunden, von denen das alte Testament erzählt. Sie aber wurden nicht durch die Philister erbaut, sondern bereits in viel früherer Zeit durch die Aegypter, die unter Ramses II hier ein Bauwerk errichteten, das den einzigen außerhalb der Bibel bekannten Nachweis über den Aufenthalt der Hebräer in Aegypten liefert.

Eröffnung der schwedischen Kunstausstellung in Hamburg.

Die Ausstellung neuerer schwedischer Kunst, die im Frühjahr Deutschland besucht und in Hamburg, Lübeck und Berlin gezeigt werden soll, ist in der Hamburger Kunsthalle im Beisein des Berliner schwedischen Gesandten Birsen, eröffnet worden. Sie enthält 600 Einzelstücke aus den Gebieten der Malerei, Graphik und Plastik.

Schwedische Kunst — abgesehen vielleicht von den Werken Anders Zorns — ist in Deutschland unverdient wenig bekannt. Mit den Namen Liljefors und Larsson hat die Kenninis zumeist ein Ende. Das Schaffen der schwedischen Künstler des letzten halben Jahrhunderts bis in die jüngste Gegenwart hinein uns bekannt zu machen, ist das eine große Verdienst der auf eine Anregung von Prof. Pauli ins Leben gerufenen und vom Vizepräsidenten der Königlichen Akademie der Freien Künste in Stockholm, Prof. Oskar Bjärd organisierten Wanderausstellung. Daß sie die in harten Zeiten erprobten alten freundschaftlichen Beziehungen zwischen den stammverwandten Ländern Deutschland und Schweden vertiefen und stärken helfe, ist unser aller Wunsch.

Pädagogische Akademien in Preußen.

Wie das Preußische Kultusministerium mitteilt, wird beabsichtigt, Anfang Mai ds. Js. drei Staatliche pädagogische Akademien zu eröffnen, und zwar eine in Bonn zur Ausbildung katholischer Volksschullehrer, eine in Elbing zur Ausbildung evang. Volksschullehrer und eine in Kiel zur Ausbildung evangelischer Volksschullehrer und -Lehrerinnen. Der Bildungsgang ist zweijährig. Studiengebühren werden nicht erhoben. Aufnahmegesuche sind bis spätestens 1. April ds. Js. an den Minister einzureichen. Schüler und Schülerinnen höherer Lehranstalten haben ihre Meldungen durch den Anstaltsleiter auf dem Dienstwege vorzulegen; sonstige Aufnahmegesuche sind unmittelbar an den Minister zu richten. Der Meldung sind beizufügen ein Lebenslauf, eine beglaubigte Abschrift des Reifezeugnisses einer neunklassigen höheren Lehranstalt und ferner das Gesundheitszeugnis eines zur Führung des Dienstsiegels berechtigten Arztes.

Englische Auszeichnung für Einstein.

Die englische Königl. Astronomische Gesellschaft hat Professor Einstein für seine Relativitätstheorie die goldene Medaille verliehen.

Uraufführung. Im Alten Theater in Leipzig bringt Dr. Alwin Kronacher am Sonnabend, dem 23. Januar, das Schauspiel „Triumph der Jugend" von Henry-Marx und Paul Zech zur Uraufführung.

Der Afrikaforscher und Schriftsteller Prinz Wilhelm von Schweden wird im Sommer dieses Jahres eine Vortragstournee durch die Vereinigten Staaten veranstalten und hierbei an etwa 40 verschiedenen Orten über seine Expedition durch Mittelafrika sprechen. Die Vorträge des Prinzen sollen durch die Vorführung eines Films illustriert werden.

Ein neues dreiaktiges Drama des Prinzen ist, wie aus Stockholm berichtet wird, von der Nationalbühne, dem „Drammatisca-Theater" in Stockholm, zur Uraufführung erworben worden und wird im Herbst seine Erstaufführung an dieser Bühne erleben. Der Titel lautet „Nu Nord".

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19260121019/fragment/page=0002